## Kleine Anfrage zur <u>mündlichen</u> Beantwortung

## Fahrerlaubnis – Atemschutz – Ausbildung: Behindern verschärfte Anforderungen den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst?

Motivationsprobleme sehen Feuerwehrpraktiker bei der Gewinnung neuer oder Weiterqualifizierung bisheriger ehrenamtlicher Feuerwehrmitglieder, "falls die gesetzlichen Vorschriften immer mehr verschärft werden". Als Beispiele werden von Führungskräften von Freiwilligen (Orts-)Feuerwehren Probleme beim Führerscheinerwerb bzw. Fahrerlaubnissen, der Atemschutztauglichkeit und den Zeiten für Ausbildung angeführt.

Seit der Einführung der neuen Fahrerlaubnisklassen dürfen Führerscheinneulinge nur noch PKWs bis 3,5 t Gesamtgewicht fahren. Um ein Feuerwehrfahrzeug führen zu dürfen, sind m. E. andere Führerscheinklassen erforderlich. Ein Erwerb der erweiterten Fahrerlaubnis auf eigene Kosten ist für die Ehrenamtlichen kaum einzusehen.

Das Thema Atemschutztauglichkeit kann sich zu einem ernsten Problem entwickeln. Die gesundheitlichen Anforderungen an auszubildende oder bereits ausgebildete Geräteträger sind erhöht worden. Die Bereitschaft, sich für den Atemschutzeinsatz zu qualifizieren, nimmt angesichts der höheren Anforderungen offenkundig ab, obwohl viele Einsätze kaum noch ohne Atemschutz auskommen.

Die zeitliche Belastung für die Grundausbildung ist für viele Interessierte problematisch. Der zusätzlich eingeführte zweite Teil wird insbesondere von Berufstätigen, die im Übrigen ihren üblichen Dienst ableisten, als nur schwer mit den übrigen Verpflichtungen vereinbar bezeichnet.

Dies vorausgeschickt frage ich die Landesregierung:

- 1. Wie bewertet die Landesregierung die von Führungskräften Freiwilliger Feuerwehren beispielhaft aufgeworfenen Probleme?
- 2. Welche konkreten Erfahrungsaustausche bzw. Maßnahmen hat die Landesregierung eingeleitet, um ihr bekannt gewordene Probleme bei der Motivation und Gewinnung ehrenamtlicher Feuerwehrleute für die unterschiedlichen Aufgabenfelder zu beseitigen?
- 3. In welcher Form hat die Landesregierung sich mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Organisationen der Feuerwehr ausgetauscht, um ggf. durch gezielte Förderung oder andere Maßnahmen den beschriebenen Problemen entgegenzuwirken?

Heinrich Aller, MdL